



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich	Drucksachen-Nr.: 21-4544 Datum: 17.09.2018
--------------------------	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	20.09.2018

Anwohner*innenparken mit Parkraumbewirtschaftung in drei weiteren Stadtteilen in Hamburg-Mitte einführen (Antrag der GRÜNE-Fraktion)

Sachverhalt:

Auf St. Pauli wurde gerade vom LBV (Landesbetrieb Verkehr) das Anwohner*innenparken mit Parkraumbewirtschaftung eingeführt. Auch die Bewohner*innen in St. Georg, im Karolinentviertel, in Wilhelmsburg-Mitte und im Reiherstiegviertel sind tagtäglich mit einer frustrierenden und chaotischen Parkplatzsituation konfrontiert. In allen diesen eng bebauten Quartieren versuchen täglich Autofahrer*innen von auswärts mit unterschiedlichen Anliegen, einen Parkplatz zu finden.

Deshalb wird in vielen Straßen „wild“ in der zweiten Reihe, schräg oder auf Fuß- und Radwegen geparkt. Dadurch ergeben sich immer wieder Probleme im Verkehrsfluss. Fußgänger*innen, Radfahrende und Rollstuhlfahrer*innen können ihre Wege nur eingeschränkt nutzen, Busse haben Schwierigkeiten durchzukommen. Zudem werden Nutzer*innen der legalen Parkplätze regelmäßig vollständig zugeparkt.

Um die Parkplatzsituation in diesen vier Bereichen zu entspannen, wird daher die Einrichtung von Anwohner*innenparkzonen mit einhergehenden Kontrollen durch den Landesbetrieb Verkehr als sinnvoll erachtet. Dies würde dazu führen, dass Besucher*innen von auswärts verstärkt mit der Bahn und dem ÖPNV, mit Fahrrad, Taxi, Carsharing o.ä. anreisen – durch weniger parkplatzsuchende PKW könnte auch die Lärm- und Luftbelastung der Bewohner*innen in den betroffenen Quartieren sinken.

Petition/Beschluss:

Die Bezirksversammlung möge daher beschließen:

Der Bezirksamtsleiter wird gebeten,

1. Sich beim Landesbetrieb Verkehr für die Überprüfung von „Anwohner*innenparken“ in St. Georg, im Karolinentviertel und in Wilhelmsburg-Mitte/Reiherstiegviertel einzusetzen.
2. Zeitnah in den entsprechenden Regionalausschüssen Ergebnisse und Konzepte zum „Anwohner*innenparken“ vorstellen zu lassen.